## Landkreis Wolfenbüttel

## Sitzungsvorlage

Der	l andrat	

Die Maßnahme dient dem strategischen Politikfeldziel " <u>4a"</u> Das Ziel ist ein Handlungsschwerpunkt ? ☐ ja ☑ nein

Geschäftszeichen II/670-Bs/Bo	<b>Datum</b> 19.02.2009			Vorlage-Nr. KVI-515/2009				
Beratungsfolge:		Sitzung	- 1	Sitzung am:	Entscheidung			
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit		öffentlich	(	09.03.2009				
Kreisausschuss		nicht öffentl	ich 2	20.04.2009				
Kreistag		öffentlich	(	04.05.2009				
Betreff								
Verordnung über das	Naturschutzgebiet (N	SG) "Steinbruc	h Bad	ldeckenstedt'				
-		·						
Beschlussvorschlag:								
Der Kreistag wird gebeten, wie folgt zu beschließen:								
Die im Betreff genannten Flächen werden durch die als Anlage 3 beigefügte Verordnung zum Naturschutzgebiet erklärt.								
Kosten Euro	Haushaltsstelle	☐ VerwHaus ☐ VermHaus		Haushaltsj	ahr			
Mittel stehen				l				
□ zur Verfügung	nicht zur Verfügung	nur bereit i. H.	v. Euro					
Deckungsvorschlag								
☐ Mehreinnahmen bei		☐ Minderausgabe	en bei					

## Begründung:

Nach Feststellung der Schutzwürdigkeit des ehemaligen Steinbruchs wurde ich durch Beschluss des Kreisausschusses vom 02.07.2007 (s. DS XVI-136/2007) beauftragt, nach Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung einen Verordnungsentwurf zu erarbeiten und das Beteiligungsverfahren nach § 30 NNatG einzuleiten.

Im Rahmen des Verfahrens sollte die Einbeziehung der Pferdekoppel (östlich des Steinbruchs) und der Teilfläche, die im Flächennutzungsplan als Bebauungsfläche aufgeführt ist (südöstlich des Steinbruchs, s. Anlage 2.3), in der Diskussion mit den Betroffenen kritisch überprüft werden.

Die Informationsveranstaltung fand am 14.11.2007 statt. Die bei der Veranstaltung vorgebrachten Anregungen und Bedenken wurden bei der Überarbeitung des Verordnungsentwurfes berücksichtigt, soweit es fachlich zu vertreten war.

Die o.a. Pferdekoppel befindet sich im Eigentum der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig. Nach beiderseitiger Darlegung der Argumente und Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten in Bezug auf die Einbeziehung bzw. Ausgliederung der Wiese hat die Eigentümerin mit Schreiben vom 04.08.2008 mitgeteilt, dass hinsichtlich der Ausweisung eines Naturschutzgebietes unter Einbeziehung der Grünlandfläche keine Bedenken bestehen. Aufgrund der Zustimmung der Eigentümerin verbleibt die Pferdekoppel im zukünftigen Naturschutzgebiet.

Für die Teilfläche, die im Flächennutzungsplan als Bebauungsfläche aufgeführt ist, sollten im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Regelungen getroffen werden, die sowohl den naturschutzfachlichen Interessen als auch dem privaten Interesse an der Bebauung der Fläche Rechnung tragen. Da diese Verhandlungen nicht zeitnah abgeschlossen werden konnten, wurde das Beteiligungsverfahren am 08.08.2008 unter Einbeziehung der für die Bebauung vorgesehenen Fläche eingeleitet.

Die im Verfahren vorgebrachten Anregungen und Bedenken sind in der Anlage 2 zusammengestellt. Aus dieser Anlage ist auch ersichtlich, zu welchem Ergebnis die Würdigung der einzelnen Eingaben geführt hat.

Nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Eigentümer der für die Bebauung vorgesehenen Fläche, wurde ein öffentlich-rechtlicher Vertrag abgeschlossen, der Regelungen zur Minimierung der Beeinträchtigung der naturschutzfachlichen Belange im Falle einer Bebauung der in Rede stehenden Fläche enthält. Aufgrund dieser Vereinbarung konnte der Forderung des Eigentümers, die Fläche aus dem Naturschutzgebiet herauszunehmen, nachgekommen werden.

Nach Würdigung aller vorgebrachten Einwendungen wurde die als Anlage 3 beigefügte Verordnung erarbeitet, die nunmehr zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Abweichungen von der ursprünglichen Verordnung sind zur besseren Übersicht unterstrichen.

I.A.

Schillmann

## Anlagen:

- 1. Verordnungs-Entwurf, der dem Beteiligungs- und Anhörungsverfahren zugrunde lag
- 2. Zusammenstellung der Würdigung aller eingebrachten Anregungen und Bedenken mit den Anlagen 2.1, 2.2 und 2.3
- 3. Überarbeiteter Verordnungs-Entwurf (einschl. Karte), der zur Beschlussfassung vorgelegt wird.